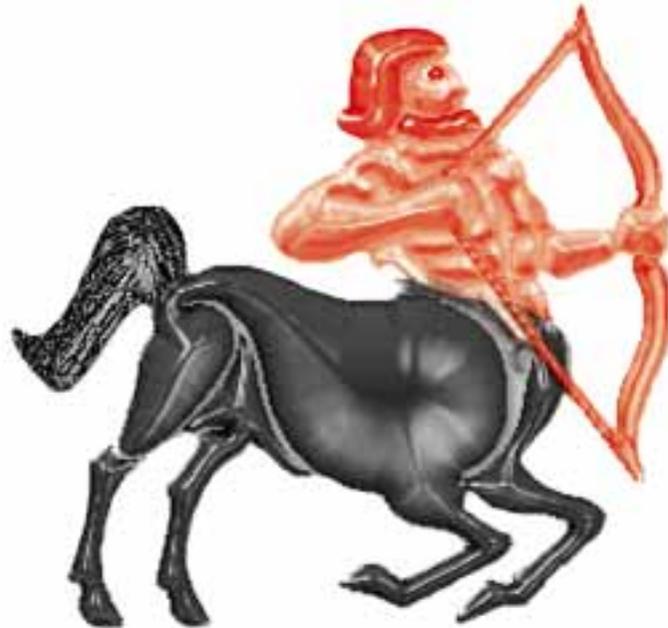


Unabhängige
Zeitung
an der RUB

Nr. 41 • 4. Juli 2000

2313

Im Zeichen des Schützen



Kriegspolitik und Bundeswehr-, Reform‘ unter Rot-Grün

In diesem Heft:

- Hochschule** Gescheiterter Staatsvertrag zu Studiengebühren
Thema Die Bundeswehr rüstet auf
Kultur Totalitarismustheorie auf dem Vormarsch

Ausbeutung zugegeben

Das Bochumer Bauunternehmen Hackert beschäftigte Anfang der 1940er Jahre 21 belgische und 15 russische Zwangsarbeiter in seinem Werk. Der Nachweis dieser Tatsachen ließ die Firma bis letzte Woche völlig kalt, auf die Aufforderung, der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft beizutreten, reagierte das Unternehmen überhaupt nicht.

Als für den vergangenen Samstag die *Initiative Entschädigung Jetzt* (die zuletzt schon Mercedes Lueg öffentlich so bloß gestellt hatte, dass auch sie beitraten) jedoch einen In-

fostrand auf dem Husemannplatz ankündigte und auch die Lokalpresse darüber berichtete, bekam Hackert wohl kalte Füße: Wenige Stunden vor Beginn der Aktion, am Samstag vormittag, veröffentlichte das Haus eine Pressemitteilung, in dem es den Beitrag zur Stiftungsinitiative bekannt gab. Noch sind aber nicht alle seinerzeit von Zwangsarbeit profitierenden Unternehmen in Bochum dabei, die nächsten auf der Liste der *Initiative Entschädigung Jetzt* sind dem Vernehmen nach Mönninghoff ...

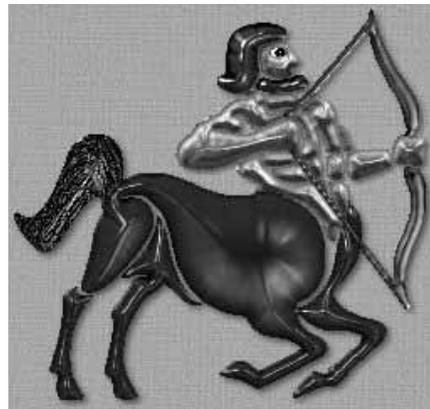
Pazifist freigesprochen

Der Politologe Tobias Pflüger hatte während des Kosovo-Kriegs die Soldaten aller Seiten, darunter auch die am „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ beteiligten Bundeswehrsoldaten aufgerufen, zu „verweigern und/oder zu desertieren“. Des Aufforderns zu einer Straftat angeklagt, erläuterte er vor Gericht, er habe damit keine strafbare Handlung verübt, sondern im Gegenteil die Soldaten vor der illegalen Beteiligung an einem völkerrechtswidrigen Krieg abhalten wollen. Er kündigte für den Fall einer ähnlich gelagerten Situation vor Gericht an: „Ich werde es wieder tun!“

Nachdem Pflüger zunächst mit einer Geldstrafe in Höhe von 3.500 Mark belegt worden war, sprach ihn das Amtsgericht Tübingen am Mittwoch letzter Woche von allen Anschuldi-

gungen frei. Die Begründung des Richters lautete dabei kurioserweise, Tobias Pflüger habe in der Situation des Jugoslawien-Krieges alle Erkenntnismittel ausgeschöpft, um zu der von ihm vertretenen Auffassung zu gelangen, dieser Nato-Krieg sei verfassungswidrig. Selbst wenn man jetzt offen lassen müsse, so Richter Hirn, ob der Krieg völkerrechtswidrig sei oder nicht, dürfe Tobias Pflüger von der Völkerrechtswidrigkeit ausgehen. Er unterläge damit einem so genannten ‚Verbotsirrtum‘, der die Schuld seines Verhaltens, nämlich auch Bundeswehrsoldaten zur Fahnenflucht aufzurufen, entfallen lasse. Ein ausführlicher Bericht des Prozesses findet sich unter <http://www.imi-online.de>.

Das 2313-Cover



Lassen Sie sich nicht in Ihre Finanzpolitik reinreden. Sie haben das richtige Feeling. Ob investieren oder sparen, wissen Sie selbst am besten (Schütze, 1. bis 7. Juli 2000).

Staatsvertrag gescheitert – und nun?

Der von der KultusministerInnenkonferenz (KMK) entworfene Staatsvertrag zum Thema Studiengebühren ist erst einmal gescheitert. Der Vertrag hätte den Ländern die Möglichkeit zur Erhebung von Studiengebühren ab einer gewissen Überschreitung der Regelstudienzeit (ab dem 14. Semester) bzw. eines bestimmten Kontingentes Semesterwochenstunden geschaffen.

Den unionsgeführten Bundesländern gingen diese Möglichkeiten der Gebührenerhebung offensichtlich nicht weit genug, doch auch bei den von einer Koalition mit der SPD regierten Bundesländern soll sich die Begeisterung für den Staatsvertrag auf der Konferenz der MinisterpräsidentInnen in Grenzen gehalten haben. Der Staatsvertrag hätte nicht, wie häufig behauptet, ein gebührenfreies Erststudium garantiert, sondern wäre der Einstieg in die flächendeckende Einführung von Studiengebühren gewesen.

hrg-änderung?

Nun könnte das Thema Studiengebühren wohl erneut im Bundestag auf die Tagesordnung kommen. Nach Angaben des bildungspolitischen Sprechers der grünen Bundestagsfraktion, Matthias Berninger, wollen die Grünen in der Koalition eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) „auf der Basis von Meinungen“ anstoßen. Eine solche Regelung liefe darauf hinaus, den Inhalt des gescheiterten Staatsvertrages im HRG festzuschreiben. Dies hätte zwar nichts mit einem Gebührenverbot gemeinsam, würde aber die Möglichkeiten der Gebührenerhebung zumindest für die ersten Semester einschränken. Dies wollen Bayern und Baden-Württemberg wahrscheinlich nicht hinnehmen, sondern kündigten für den Fall der Festschreibung eines Gebührenverbotes eine Verfassungsklage an. Der baden-württembergische Wissen-

schaftsminister Klaus von Trotha (CDU) räumte einer solchen Klage „sehr gute Erfolgschancen“ ein, weil die Hochschulpolitik und deren Finanzierung in die Verantwortung der Länder falle. Ganz anders die bildungs- und hochschulpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Maritta Böttcher: Verfassungsrechtlich sei die Argumentation der Unionspolitiker „völlig abwegig“. Das Grundgesetz gebe dem Bundesgesetzgeber das Recht, zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet von seiner Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet des Hochschulwesens Gebrauch zu machen.

kein handlungsbedarf

Ob dies in geeigneter Weise geschehen wird, darf bezweifelt werden. Nach Aussage von Wolf-Michael Catenhusen (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, in der Fragestunde des Bundestages sieht die Bundesregierung nach wie vor keinen Handlungsbedarf des Bundesgesetzgebers in der Frage der Sicherung der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums. Obwohl im Wahlkampf von rot-grün vollmundig angekündigt, dürfte die seit langem geforderte Festschreibung eines generellen Verbotes von Studiengebühren im HRG damit wohl ein weiteres Mal auf sich warten lassen.

Kerstin Puschke



„Bildung für alle, sonst gibts Krawalle“ - Plakat auf der Demonstration gegen Studiengebühren in Berlin, 7. Juni 2000

Inhalt

- Seite 2:** Aktuelles
- Seite 3:** Hochschule: Staatsvertrag geplatzt
- Seiten 4/5:** Thema: Die Bundeswehr rüstet auf
- Seite 6:** Der politisch-avantgardistische Film
- Seite 7:** Horst Möller als Totalitarismustheoretiker
- Seite 8:** Veranstaltungshinweise

Impressum

2313 wird wöchentlich herausgegeben von den Fachschaften OAW, FFW, SoWi, Bio, TW und Mathe der RUB.
Redaktion: Dominik Bald, Thilo Ernst, Thomas Friedrichsmeier, Christoph Hassel, Hans Martin Krämer, Katrin Meyer, Charlotte Ullrich, Martin Winterhalder
V.i.S.d.P.: Emma L. Sehn, Unistr. 150, 44780 Bochum
Kontakt: c/o FR SoWi, GC 04/150, RUB, 44780 Bochum; Fax: 0234/9705081; E-Mail: 2313@gmx.de
WWW: <http://www.crosswinds.net/~online2313>

Deutschland wird wieder Seemacht!

Ab 2003 ist die EU für einen ‚autonomen‘ Angriffskrieg gerüstet

Kaiser und Hitler haben es nicht geschafft, Gerhard Schröder und Joseph Fischer mussten erst die Regierung übernehmen, damit Deutschland seit mehr als 100 Jahren wieder als Sieger aus einem Krieg hervorgeht. Im Kosovo ist nun die D-Mark offizielle Währung.

Der Sieg gegen Jugoslawien hat alle ermutigt: Die NATO beschloss im Frühjahr 1999, sich auch offiziell nicht länger auf die Verteidigung des NATO-Territoriums zu beschränken. Die EU legte im Herbst nach: Sie machte den obersten Kriegsherrn gegen Jugoslawien, NATO Generalsekretär Javier Solana zu „Mister GASP“ und beschloss die massive Militarisierung der EU.

kriege heißen jetzt krisen

GASP steht für „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU. Im Herbst '99 einigten sich die EU-Regierungschefs in Helsinki, einen eigenen militärischen Arm aufzubauen. Als erster Schritt soll bis 2003 eine EU-Invasionsstreitmacht bereitstehen. Sie soll „50.000 bis 60.000 Soldaten umfassen, binnen 60

Tagen in ein Krisengebiet verlegt und dort ein Jahr lang durchhalten können – unabhängig von Amerika und der NATO“. „Mit eigenen Krisenstreitkräften will die EU die ‚autonome Fähigkeit‘ erhalten, eigenständige Militäroperationen als Antwort auf internationale Krisen im

Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durchführen zu können“, so die der Bundeswehr nahestehende Fachzeitung *Soldat und Technik* (2/2000).

Beim Gipfel der EU-Außen- und Verteidigungsminister am 14. Juni meldete Solana Erfolg, „die EU komme bei ihren Plänen für die Ein-

greiftruppe ‚mit Lichtgeschwindigkeit‘ voran.“ Die EU will also von den USA unabhängig ihre ökonomischen und strategischen Interessen auch außerhalb der EU militärisch durchsetzen können. Insbesondere die Bundeswehr muss hierfür radikal umgebaut werden. Hierzu ist eines der größten Aufrüstungsprogramme in ‚Friedenszeiten‘ überhaupt erforderlich. Zusammen mit den EU-Partnerländern wird zunächst ein Satellitensystem installiert, das die Spionage- und Lenkungsarbeiten übernehmen kann, die für eine moderne Kriegsführung unerlässlich sind.

National muss vom Tropenanzug für die SoldatInnen über Großraumflugzeuge für schnelle Truppenverlegungen bis zu Fregatten, die in der Lage sind, „Flotten zu führen“, allerlei beschafft werden, das viel mehr Geld kostet, als in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundesfinanzministers bisher vorgesehen ist. Originalton Bundespresseamt am 10. Juni: „Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs haben sich bei ihrem Gipfeltreffen in Mainz auf den Bau des Militärtransporters A400M und den Aufbau eines unabhängigen europäischen satellitengestützten Aufklärungsverbundes verständigt. Bundesverteidigungsminister Scharping bezeichnete die Entscheidung für den Airbus A400M als Durchbruch in der europäischen Sicherheitspolitik.“ Die Bundesregierung will 75 solcher Transporter zum Stückpreis von 180 Millionen Mark anschaffen. Die Kosten für das Satellitensystem stehen noch in den Sternen.

aufrüstung heißt jetzt modernisierung

Für etwa fünf Milliarden Mark insgesamt werden in den nächsten vier Jahren die Fregatten Sachsen, Hamburg und Hessen gebaut. Der zuständige Chefkonstrukteur in der Werft Blohm und Voss, Karl-Otto Sadler, sieht in dieser Entwicklung „im Marine-Überwasser-Schiffbau einen technischen Quantensprung“ (*Soldat und Technik* 2/1995). Die Schiffe werden mit aufwendigen Radarsystemen und Dis-tanzwaffen so ausgestattet, dass sie kaum

verwundbar sind. Dies ist notwendig, um weltweit Marineverbände zu führen. Ab 2006 muss sich die Bundesmarine nicht mehr auf den Küstenschutz beschränken. Deutschland wird wieder Seemacht.

In einer Kooperation mit der deutschen Wirtschaft und in Einvernehmen mit den Gewerkschaften wurde ein gewaltiges Privatisierungsvorhaben für die Bundeswehr gestartet. Von der Rüstungsbeschaffung über den Simulator für die Eurofighterpiloten bis hin zu privaten Wachmannschaften für Kasernen ist Outsourcing angesagt. Dies lässt sich als Personalabbau (klingt wie Abrüstung) verkaufen und erhöht die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wehrpflichtige sind im Prinzip nur Amateure, die im modernen Kriegsgeschäft stören.

Als Akzeptanzbeschaffer für die Umrüstung der Bundeswehr zu einer Berufsarmee, die weltweit Krieg führen kann, wurde der konservative und in weiten Teilen der Bevölkerung angesehene Altbundespräsident Weizsäcker in eine Kommission berufen, die Vorschläge zur ‚Bundeswehrreform‘ machen sollte. Die Kommission erfüllte ihren Auftrag und beschreibt die neue Rolle der Bundeswehr für ihren weltweiten Einsatz. Sie fordert eine drastische Senkung der Zahl der Wehrpflichtigen und formuliert die Notwendigkeit von mehr Geld für die Umstrukturierung der Armee. Scharping übernahm die Rolle des Bewahrers der Bundeswehr und schlägt taktisch geschickt nur eine moderatere Senkung der Wehrpflicht vor. Das Bundesverfassungsgericht muss in ein paar Jahren ohnehin die Wehrpflicht abschaffen, weil die niedrige Quote der Einberufenen gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt.

In seltener Offenheit erklärte das Verteidigungsministerium am 14. Juni: „Das neue Wehrpflichtmodell soll ab 2002 in Kraft treten. Scharping betonte zudem, dass der Anteil der Zeit- und Berufssoldaten schrittweise auf mehr als 200.000 Soldatinnen und Soldaten erhöht werden soll.“ Die Aufgaben der neuen Infanterie beschreibt Brigadegeneral Wolf-Dieter Löser so: „Die Fähigkeit zum Ortskampf/Stadtkampf muss optimiert wer-

den. Die Durchsetzung gegen irreguläre Kräfte muss verbessert werden. Der Umfang der Infanterie und besonders ihrer Krisenreaktionskräfte muss den gestiegenen Anforderungen auch im internationalen Vergleich entsprechen.“

Nur das Grundgesetz beschränkt den Bundeswehreinsatz noch auf „Verteidigungsaufgaben.“ Auch die Grünen haben sich auf ihrem letzten Parteitag endgültig mit dem Militarismus arrangiert und fordern eine Modernisierung der Bundeswehr. „Gebraucht werden hier

Kräfte, die über hohe Mobilität, hervorragende technische und operative Fähigkeiten, flexible Führbarkeit und vielfältige Einsatzmöglichkeiten verfügen“, heißt es in der Juni-Ausgabe von *grün&bündig*, der treffend benannten Zeitung der Grünen im Bundestag.

die militarisierung der zivilgesellschaft

Das Bundeskabinett hat am 7. Juni „die grundsätzliche Öffnung aller Laufbahnen in den Streitkräften für Frauen beschlossen“. Die Militarisierung der Zivilgesellschaft begleitet ideologisch den rot-grünen Militarisierungsschub. Scharping hat die Öffnung der Bundeswehrhochschulen für ZivilistInnen angekündigt. Es gibt eine Ausbildungskooperation der Bundeswehr mit namhaften Wirtschaftsunternehmen. Und weil so eine Geschichte schließlich zu Ende gedacht sein will, wurde schon am 22. April 1999 eine gemeinsame Erklärung des Verteidigungsministeriums mit der Deutschen Krankenhausgesellschaft unterzeichnet. Den Inhalt werden sich die geneigten LeserInnen denken können: Auch bei gewonnenen Kriegen gibt es nicht nur SiegerInnen.

Martin Budich



Leopard 2A5
Kampfpanzer mit 120 mm-Kanone, 2 MGS
Geschwindigkeit: 72 km/h
Reichweite: 500 km



Panzerhaubitze 2000
155 mm-Geschütz, 1 Flak-MG
Geschwindigkeit: 60 km/h
Gewicht: 55 t

Der politisch-avantgardistische Film

Fünfzig Jahre nach der Oktoberrevolution herrscht das amerikanische Kino über das Kino der Welt“, notiert Jean-Luc Godard 1967. Anders als vor dreißig Jahren herrscht heute nicht nur ökonomisch wie eh und je Hollywood über den Rest der Filmwelt, sondern ästhetisch gar der schäbige Rest über sich selbst.

Der politisch-avantgardistische Film, von dem die Veranstaltungswoche vom 10. bis zum 14. Juli einen Ausschnitt vorstellt, ist begriffliches Provisorium für Filme, die nicht zufrieden sind damit, Filme im arbeitsteiligen Kompetenzgerangel der bürgerlichen Gesellschaft zu sein. Sie sind nicht einfach ‚anders‘ als andere Filme. Wollte man sie in einem Wort beschreiben, so wären sie vielleicht treffender als Filmkritik – im Sinne nicht der gleichnamigen Journalie, sondern von Kritik – zu bezeichnen. Der Film selbst ist darin Thema. Nicht als vornehmer Beruf, sondern als gesellschaftliches Verhältnis: als Repräsentationstechnik, spezifisches Ausdruckssystem und Mythos,

als ökonomisch und ideologisch eingegrenzter Betätigungsraum in der Gesellschaft, aber zugleich als Artikulationsmöglichkeit von Kritik dieser Gesellschaft und ihrer eingeschliffenen Selbstbebilderung. Form und Verfahren sind nicht kanonisch festgelegt und variieren zwischen Narration, Essay und Dokumentation.

Eine politische Filmavantgarde reicht zurück bis ins sowjetische Kino der Frühzeit. Unsere Auswahl beschränkt sich auf einen Querschnitt der so genannten Neuen Linken in Westeuropa seit Ende der sechziger Jahre, der vorläufig letzten Passhöhe filmischer Selbstreflexion. Die gezeigten Filme (16mm und Video) rechnen, wie man sich denken kann, keineswegs zum Standardrepertoire deutscher Kinobetreiber und Fernsehanstalten. Die begleitenden Vorträge geben Einblick in Historizität und Aktualität avantgardistischer Verfahren. Unvollständigkeit in der Auswahl des Materials gilt nicht als Einwand, sondern als Kritik von Filmverhältnissen, die eine solche Veranstaltung herausfordern.

Totalitär ist populär

Am 4. Juni dieses Jahres bekam der berühmte Geschichtsrevisionist Ernst Nolte den Konrad-Adenauer-Wissenschaftspreis verliehen. Dieser ‚Skandal‘ hat bis in die bürgerliche Presse Wellen geschlagen. Weniger beachtet wurde in der Presse, dass es Horst Möller, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München war, der die Laudatio hielt.

Dafür haben kritische Angehörige der Universität München, insbesondere Studierende, dieser Tatsache um so mehr Beachtung geschenkt, ist Möller doch schließlich zugleich Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte an der Uni München. In einer Resolution vom 21. Juni fordern die Fachschaften den Rücktritt Möllers, weil er „revisionistischen und reaktionären Geschichtsinterpretationen Vorschub“ geleistet habe. Das Augenmerk auf Möller zu richten scheint in der Tat weit wichtiger als zu versuchen, Noltes Bedeutungslosigkeit ein weiteres Mal zu beweisen. Akademisch ist Nolte, der außerhalb der rechtsradikalen und erzkonservativen Presse eher belächelt wird, in dieser ohnehin längst versunken.

nicht stubenrein

Das Institut für Zeitgeschichte ist eigentlich eine außeruniversitäre Einrichtung mit einem soliden Ruf; ihm kommt das nicht zu unterschätzende Verdienst zu, schon in der jungen BRD (die Gründung des Instituts erfolgte 1949) eine entscheidende Rolle dabei gespielt zu haben, der historischen Erforschung des Nationalsozialismus einen festen Platz in der Wissenschaftslandschaft gesichert zu haben. Mit diesem Programm verbinden sich auch die Namen früherer Direktoren, an erster Stelle der Martin Broszats, und früherer Mitarbeiter wie Hans Mommsen, Norbert Frei, Peter Hüttenberger, Dietmar Petzina oder Helmut Heiber, allesamt durchaus einem linksliberalen Spektrum zuzuordnen. Auch Horst Möller war wohl in den 1970er Jahren Vertreter einer sich kritisch verstehenden Sozialgeschichte – welch ein Kontrast zu seinen letzten Veröffentlichungen. Seine mit der lahmen Entschuldigung, er rede „als Privatmann“, kaschierte Bereitschaft, für Nol-

te zu sprechen, erscheint wenig erstaunlich, wenn man seine wohl aus falsch verstandenem Liberalismus resultierenden Bemühungen der letzten Jahre sieht, sich der Totalitarismustheorie anzuschließen. Bisheriger Höhepunkt: der von ihm herausgegebene Band *Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“* (München 1999). Müht sich der Verlag noch vorzugeben, Möller habe „kritische ebenso wie zustimmende Beiträge“ gesammelt, ist schnell klar, dass der weit größte Teil der Aufsätze noch einmal kräftig die Anti-Kommunismus-Keule schwingt: In der üblichen Verwechslung von Marxismus mit Staatssozialismus werden Karl Marx persönlich die Millionen politisch Ermordeten verschiedener Regimes des 20. Jahrhunderts angelastet.

salonfähig

Die mangels Niveau in akademischen Kreisen überhaupt nicht stattfindende Debatte über das *Schwarzbuch* soll aufgewertet, die Totalitarismusthese durch Assoziation mit mit akademischen Titeln versehenen Herren salonfähig gemacht werden. Dass auch Möller es kaum geschafft hat, dafür andere Experten aufzutreiben als solche vom Kaliber eines Joachim Gauck oder Thankmar von Münchenhausen, spricht noch für die geschichtswissenschaftliche Zunft, dass jemand wie er dem Institut für Zeitgeschichte vorsteht, gibt allerdings zu denken. Immerhin: Einer der wenigen namhaften Kontributoren zu Möllers Sammelband, Heinrich-August Winkler, hat sich mittlerweile dem Protest der Studierenden angeschlossen und unterstützt die Rücktrittsforderung mit der Warnung, Möller dürfe sich nicht zum „Steigbügelhalter revisionistischer Geschichtsinterpretation“ machen – eine Warnung, die für Möller wohl schon zu spät kommt.

hmk



Prof. Dr. phil. Horst Möller, Jahrgang 1943, findet leider Rechte genauso gut wie Linke

Montag, 10.7.

18 Uhr: Christoph Hesse: Film, Politik, Avantgarde
Christoph Hesse hat in Bochum FFW studiert.

19 Uhr: Ciné Tracts

Jean-Luc Godard, Alain Resnais, Chris Marker u.a. 1968, 30 min, 16 mm

20 Uhr: Tilman Baumgärtel: „Ein Stück Kino, das mit Film nichts zu tun hatte.“ Harun Farocki und das APO-Kino Berlin 1968

Tilman Baumgärtel ist zur Zeit Lehrbeauftragter an der Universität Paderborn. In den Vortrag werden frühe Agitationsfilme von Farocki integriert:
Die Worte des Vorsitzenden (1967, 3 min, 16 mm)
Ihre Zeitungen (1968, 17 min, 16 mm)
White Christmas (1968, 3 min, 16 mm)
NICHT löschares Feuer (1968/69, 25 min, Video)

Dienstag, 11.7.

18 Uhr: Le Gai Savoir

Jean-Luc Godard 1968, 91 min, Video, OmU

20 Uhr: Anne-Marie Freybourg: Bilder und Töne. Zu den Montagekonzepten Godards

Anne-Marie Freybourg arbeitet als freie Publizistin in Berlin.

Mittwoch, 12.7.

20 Uhr: Week-end

Jean-Luc Godard 1967, 95 min, Video

Donnerstag, 13.7.

18 Uhr: Eva Hohenberger: Die Rätsel der Sphinx.

Eva Hohenberger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Film- und Fernsehwissenschaft in Bochum.

20 Uhr: Riddles of the Sphinx

Laura Mulvey, Peter Wollen 1976, 92min, 16 mm, engl. OF

Freitag, 14.7.

16 Uhr: Le fond de l'air est rouge

Chris Marker 1977, 179 min, Video, OmU

20 Uhr: Gerd Roscher: Chris Marker – Essayistische Verfahren zwischen Ästhetik und Politik.

Gerd Roscher ist Professor an der Hochschule für bildende Künste in Hamburg. Sein Vortrag wird durch Kurzfilme und zahlreiche Filmausschnitte aus dem Werk Chris Markers ergänzt.

Veranstaltet vom AstA-Referat für Kritische Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Institut für FFW.

Alle Veranstaltungen in GB 04/611, der Eintritt ist frei.

Uni-Türen

Um wenigstens das Erreichen räumlicher Ziele an der Uni effizienter zu gestalten, hat sich die Verwaltung was ganz Tolles ausgedacht: Bunte Aufkleber an allen Durchgangstüren geben Aufschluss über deren Anwendungsrichtung. Geradezu genial ist die Verbindung der jeweils notwendigen Handlung für einen erfolgreichen Gebrauch der Tür mit einer Farbe – „Ziehen“ ist rot, „Drücken“ grün. So kann der clevere Studi (oder wenigstens sein Unterbewusstsein) schon von weitem erkennen „Aha: rot, also ziehen“, mühseliges Entziffern entfällt.

Dennoch kommt es immer wieder zu dauerlichen Zwischenfällen, dergestalt, dass ein heraneilender Studi, eben noch in kühnste Karriereträume versunken, registriert „grün = drücken“ und sich mit Elan gegen die Tür wirft. Doch diese bleibt völlig unbewegt, indes ihr Benutzer mit einem dumpfen KLONK von ihr abprallt und schwer verletzt zu Boden sackt; sein letzter, fassungsloser Blick wird auf das Türschild fallen, das zwar grün, aber mit „Ziehen“ beschriftet ist. Mit ziemlicher Sicherheit wird in eben diesem Moment jemand des Weges kommen und mit hämischem Grinsen „kannst wohl nicht lesen!“ sagen ...

Und das ist der wirkliche Clou an diesen Aufklebern, denn die gelegentlichen Abweichungen von der Konvention sind keine Fehler, sondern pure Absicht und zeigen deutlich die autoritären Strukturen der RUB. Der alleinige Sinn besteht darin, Studierende, die gewöhnlich glauben, unschlagbar zu sein, hin und wieder auf ihre unterlegene Stellung hinzuweisen und ihnen so mitzuteilen, dass die Ruhr-Uni doch immer noch einen Deut hinterhältiger, größer und stärker ist.



Montag, 3. Juli

ab 11h, Mensen der RUB

Neue Preise für Studierende

Kleine Mensa: 4,50 Mark
Große Mensa: 3,50 Mark
Beilagen: 0,50 bzw. 0,70 Mark
Dessert: 0,80 bzw. 1,20 Mark
Tagessuppe: 0,30 Mark

Dienstag, 4. Juli

19h, GA 04/711, Ruhr-Uni-Bochum

Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen

Lange Zeit hindurch konnten die komplementären Diskurse der partei-, später staatsoffiziellen Marxismus sowie des ‚westlichen‘ Antikommunismus die nahezu uneingeschränkte Definitionsmacht über das beanspruchen, was gemeinhin als ‚Marxscher‘ oder ‚wissenschaftlicher Sozialismus‘ galt.

Der Vortrag hingegen soll einen groben Überblick sowohl über traditionellen und westlichen Marxismus sowie über die neue Marx-Lektüre geben und damit auch einen Beitrag zu einer differenzierten Herangehensweise an die Texte von Marx leisten.

Vortrag und Diskussion mit Ingo Elbe. Eine Veranstaltung des Referates für Kritische Wissenschaften im AStA der RUB.

Donnerstag, 6. Juli

abends, Prinzipalmarkt, Münster

Soldatenmärsche verhindern

SoldatInnen werden zusammen mit BürgerInnen durch die Stadt marschieren („Im Leichtsritt durch Münster“, so der Titel der Veranstaltung). OB Tillmann rühmt im Veranstaltungskalender Münster als eine Garnisonsstadt mit 450-jähriger Tradition und schwört dabei fast eine neue Volksgemeinschaft von SoldatInnen und BürgerInnen herauf. Besondere Bedeutung hat diese Veranstaltung, da diese in Kooperation mit der Stadt Münster und dem I. Deutsch-Niederländischen Korps durchgeführt wird (in Münster stationiert). Dies ist die erste binationale Einheit dieser Art in Europa, welche auch maßgeblich an den Einsätzen im Kosovo-Krieg beteiligt war. Gegenkundgebung/-aktionen gegen die Abendmärsche in Münster: Am Donnerstag, 6.7. findet auf dem Prinzipalmarkt oder vor dem Stadthaus I eine Kundgebung statt. Danach werden wir versuchen, durch dezentrale Stör- und Blockadeaktionen (möglichst bunt und mit blutverschmierten Verbänden um den Kopf) einen Gegenpol zu setzen. Am 7.7. treffen wir uns vor dem AStA-Häuschen und starten von dort aus Aktionen. Kommt zahlreich und stellt einen bunten Protest auf die Beine.

Nachfragen und Anmerkungen bitte an frieden@muenster.org richten oder in der Woche vom 3. bis 7. Juli zwischen 16 und 18 Uhr an das Infotelefon 0251/521112.

19h30, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Linkes Netzwerk

Das linke Netzwerk Bochum tagt im Juli nicht wie üblich am zweiten und vierten Donnerstag, sondern am Donnerstag, dem 6. Juli. Themen u. a.: Initiative von Bourdieu und andere Vernetzungen, Rechtsruck der politischen Mitte.

Weitere Termine aktuell auf ...

<http://www.bo-alternativ.de>